



UNO-Vollversammlung

Ordnungsmacht für die Probleme der Welt oder immer mehr an den Rand gedrängt? **Seiten 2 und 3**

Foto: imago/blickwinkel



Gebastelt für den Flüchtlingschutz

Der Berliner Ostbahnhof wurde zum Hafen für 20 000 Papierboote – eine Flotte gegen die europäische Abschottung. **Seite 6**

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Foto: amnesty international

Donnerstag, 25. September 2014

69. Jahrgang/Nr. 224 Berlinausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Bigotte Geste

Uwe Kalbe zu Thüringer Geschichtsschreibertum

Was ist eigentlich ein Unrechtsstaat? Auf Nachfragen der Linkspartei hat die Bundesregierung keine Antwort geben können. Logisch, weil es sich um einen ideologischen, keinen juristischen Begriff handelt. Daher ist immer auch nur von einem einzigen Unrechtsstaat die Rede: DDR. »Unrechtsstaat« ist der hierzulande sanktionierte Begriff zur Delegitimierung des gleichnamigen Sozialismusversuchs. Deshalb wirkt es statt lächerlich auch eher bigott, wenn drei Thüringer Parteien ihr kleines politisches Geschichtsseminar mit einer Definition abschließen, weil sie meinen, nur so das Bundesland Thüringen vernünftig regieren zu können.

Für Bodo Ramelow und die LINKE handelt es sich um eine Unterwerfungsgeste, die ihnen mancher nicht zugetraut hatte – auch wenn man schon 2009 einmal so weit gekommen war. Ob man wegen der Verweigerung einer symbolischen Geste wie dieser das große Ziel hätte fahren lassen sollen, den ersten Ministerpräsidenten der LINKEN zu stellen, hängt sicher von der Bedeutung ab, die man dieser rot-rot-grünen Regierung beimisst. SPD und Grüne hatten Rot-Rot-Grün dem »historischen« Bekenntnis der LINKEN offenbar nachgeordnet.

Das Problem ist, dass die DDR kein Unrechtsstaat war, obwohl es Unrecht gab und nicht zuletzt staatliches – und sich Regierungsfähigkeit den Menschen auch im Umgang mit der Wahrheit zeigt. Vor allem aber bedient die Thüringer LINKE alle Vorurteile, was ihre Bereitschaft angeht, Prinzipien für Macht zu opfern. Ein schlechtes Omen.

UNTEN LINKS

Die **Klimakatastrophe** abzuwenden, appellierte Leonardo DiCaprio an die Abgesandten der UN-Konferenz, sei die größte Herausforderung der Menschheit. Na gut, wird sich die Bundeskanzlerin sagen, die der Rede des Mimen zwar nicht persönlich beiwohnen wollte, sie aber bestimmt im Fernsehen verfolgt hat. Na gut, das ist halt der blinde Passagier von der »Titanic«. Wer wollte es dem verdenken, dass er vor steigenden Meeresspiegeln nicht weniger zittert als die Bewohner der Marshall-Inseln. Die einzigen aber, denen das Wasser in Deutschland bis zum Hals steht, sind doch die Piraten. Wie die Ratten verlassen sie ihr sinkendes Schiff, um ans rettende Ufer zu kraulen – wo auch immer sie das erblickt zu haben glauben. Bei der FDP, den Marshall-Inseln unter den deutschen Parteien, wohl kaum. Vielleicht bei den Grünen? Egal. Solange Johnny Depp keine Unterangrede im Bundestag hält, braucht man sich hierzulande vorm Fluch der Karibik jedenfalls nicht zu fürchten. *mha*



Clown, Dichter, Sänger: Hans-Eckardt Wenzel

Foto: Thomas Neumann

Denn wir stammen ja aus dem Unrechtsregime

Berlin. »Letztes aus der DaDaeR« hieß eine Clownsrevue von und mit Hans-Eckardt Wenzel und Steffen Mensching über die Wendezeit 1989/90. Wenzel formulierte später, was aus den Bürgern dieser DaDaeR im nächsten System wurde – je nach alter Verstrickung und neuer Ellenbogenfreiheit. »Vielleicht wird uns dereinst verzieh'n! Denn wir stammen ja aus dem Unrechtsregime!« heißt es trotz-zugleich-selbstironisch in dem Lied »Klassentreffen«.

Der Begriff Unrechtsregime, im politischen Sprachgebrauch gern auch Unrechtsstaat – unter Historikern und Juristen umstritten –, macht gerade wieder Schlagzeilen. Am Dienstagabend verständigten sich LINKE, SPD und Grüne in Thüringen auf Thesen zur DDR-Geschichte, die in die Präambel eines rot-rot-grünen Koalitionsvertrages einfließen könnten. Weil es keine freien Wahlen gab und »jedes Recht und Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaats«, lautet laut Medienberichten eine Kernaussage. Auch dies: Letztes aus der DaDaeR.

Wie es den Ostdeutschen im nächsten System geht, wurde am Mittwoch bilanziert. Der Osten hinkt bei Wirtschaftskraft, Steueraufkommen und Beschäftigung weit hinterher, meldete die Bundesregierung im Bericht zum Stand der Deutschen Einheit. Und dennoch: Die Ostdeutschen sehen die Einheit viel positiver als die Westdeutschen.

An diesem Donnerstag spricht Hans-Eckardt Wenzel auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Journalisten Hans-Dieter Schütt über Musik und Politik in der DDR der 1980er Jahre (nd-Gebäude am Berliner Franz-Mehring-Platz, 18 Uhr). Titel der Veranstaltung, 25 Jahre nach der Wende: »Erinnern und Vergessen«. Denn: Wir stammen ja aus dem Unrechtsregime! *wh* Seite 5

US-Bomben auf Syrien und die Nusra-Front

Washington reklamiert Selbstverteidigung und sieht keine Notwendigkeit für ein UN-Mandat

Die Luftangriffe auf Milizen der IS-Gotteskrieger in Syrien sind am Mittwoch fortgesetzt worden. Unterdessen wird weiter über die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der USA debattiert.

Von Roland Etzzel

Die Luftwaffe der USA hat ihre Angriffe auf Stellungen der Milizen des Islamischen Staates fortgesetzt. Nach eigenen Angaben geschah dies auf Stellungen des Islamischen Staates (IS) sowohl auf irakischem wie auf syrischem Territorium. Erneut sollen Kampfflugzeuge aus Frankreich sowie den Golfmonarchien Saudi-Arabien, Jordanien, Bahrain, Katar und Vereinigte Arabische Emirate an den Kriegshandlungen teilgenommen haben.

Über die Effektivität der Bombardements liegen wenig nachprüfbar Angaben vor – bis auf einen Fall, bei dem sich auch die angegriffene Seite meldete. Wie es

heißt, sei in Nordwestsyrien einer der berüchtigtsten Scharfschützen in den Reihen der Rebellen getötet worden. Islamistische Webseiten melden, dass Abu Jusuf al-Turki bei der Bombardierung eines Ausbildungslagers in der Provinz Aleppo ums Leben gekommen sei. Die Region steht, nachdem die Rückeroberung durch die syrische Armee zum Stehen gebracht werden konnte, überwiegend unter Kontrolle der Nusra-Front. Deren Internet-Seite klagt: Turki hat niemals Zivilisten getötet, sondern nur Assad bekämpft. »Warum haben die USA und ihre Handlanger ihn getötet?«

Unterdessen wird national wie international weiter um die Rechtmäßigkeit der von den USA gebildeten Allianz gegen IS debattiert. Es mehren sich Stimmen, die das Agieren Washingtons ohne ein Mandat der UNO für fragwürdig halten; vor allem dann, wenn ein betroffener Staat – in diesem Fall Syrien – dabei be-

wusst übergangen wird. Dazu kommt, dass nicht behauptet werden kann, im Sicherheitsrat herrschten über das Thema kontroverse Ansichten unter den Ve-

»Es muss deutlich sein, dass es nicht um die Macht und die Interessen einer Großmacht geht.«

Aus der EKD-Erklärung

tomächten. Die USA haben nicht einmal versucht, ein Mandat für ihr Handeln zu erlangen.

Washington argumentiert, sein Eingreifen sei auf Wunsch Iraks erfolgt. »Die irakische Regierung hat die USA gebeten, internationale Maßnahmen anzuführen, um Stellungen und militärische Hochburgen des IS in Syrien anzugreifen«, heißt es. Allerdings ist

in der diesbezüglichen Note Bagdads von Syrien keine Rede.

Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Samantha Power, ging sogar soweit, den Luftkrieg der USA und ihrer arabischen Verbündeten als Selbstverteidigung und damit von Artikel 51 der UN-Charta legitimiert zu bezeichnen. IS sei nicht nur für Irak, sondern auch für die USA und die anderen Alliierten in der Region eine Bedrohung. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier schloss sich dieser Lesart am Mittwoch an.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) äußert da Vorbehalte: Ein UN-Mandat gegen den Terror der IS-Milizen, heißt es, habe »höchste Priorität«, und sie sagt auch warum. Es müsse deutlich sein, dass es nicht um die Macht und die Interessen einer Großmacht, sondern um den Schutz der Menschen und um den Aufbau einer Friedensordnung geht«, mahnt die EKD. Seite 8

Thüringer SPD hält sich Türen offen

Bodo Ramelow kandidiert erneut auch als Fraktionschef der LINKEN

Erfurt. Nach der jüngsten Landtagswahl setzten die Landtagsparteien in Thüringen am Mittwoch die Suche nach der geeigneten Regierungskoalition fort. CDU und SPD trafen sich zu einer zweiten Sondierungsrunde, zuvor machten die Sozialdemokraten ihre Hoffnungen auf einen Konsens beim Landeselterngeld deutlich. »Ich hoffe auf Kompromisslinien«, sagte Sozialministerin Heike Taubert (SPD) vor Beginn der Gespräche in Erfurt. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) blieb vage. »Wir sind da, um auszuloten, was geht«, sagte sie.

Bodo Ramelow soll am Freitag erneut als Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Thüringer Landtag gewählt werden. Das sei keine Absage an Rot-Rot-Grün, sondern ein Aufbruchsignal, meinte Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. »Bodo Ramelow führt die Fraktion in die Regierungsbeteiligung«, so Hennig-Wellsow. Der 58-Jährige macht sich als Spitzenkandidat der zweitstärksten Partei bei der Landtagswahl am 14. September zugleich Hoffnungen auf das Amt des Ministerpräsidenten. Schwarz-Rot sowie Rot-Rot-Grün hätten im Landtag nur jeweils eine Stimme Mehrheit. LINKE, SPD und Grüne setzen an diesem Donnerstag ihre Sondierungen fort. Zuletzt hatten sich die drei Parteien unter anderem darauf verständigt, eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform angehen zu wollen.

In Brandenburg sollen die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und LINKE am Sonnabend beginnen. *nd* Seiten 5 und 12

Ehrenpreis für Edward Snowden

Stockholmer Stiftung übernimmt Rechtskosten für Whistleblower

Stockholm. Der Whistleblower Edward Snowden erhält den Alternativen Nobelpreis 2014. Der frühere Mitarbeiter des US-Geheimdienstes NSA bekomme den Ehrenpreis, »weil er mit Mut und Kompetenz das beispiellose Ausmaß staatlicher Überwachung enthüllt hat, die grundlegende demokratische Prozesse und verfassungsmäßige Rechte verletzt«, erklärte die Right-Livelihood-Stiftung mit Sitz in Stockholm am Mittwoch.

Die Stiftung will nach eigenen Angaben Rechtskosten für Snowden übernehmen, der nach der Enthüllung von Massenüberwachungs- und Spionagedokumenten im Moskauer Asyl lebt. Der 31-Jährige teilt sich den Ehrenpreis mit Alan Rusbridger (60), dem Chefredakteur und Herausgeber der britischen Tageszeitung »The Guardian«, die bei der Veröffentlichung von Snowdens Enthüllungen eine führende Rolle spielte.

Die Jury würdigt Rusbridger »für den Aufbau einer globalen Medienorganisation, die sich verantwortlichem Journalismus im öffentlichen Interesse verschrieben hat und gegen große Widerstände illegales Handeln von Unternehmen und Staaten enthüllt«. Stiftungsgeschäftsführer Ole von Uexküll sprach von einem Zeichen gegen die illegale Massenüberwachung der Bürger.

Drei weitere Preisträger teilen sich der Stiftung zufolge das Preisgeld in Höhe von rund 160 000 Euro. Geehrt werden die pakistanische Menschenrechtsanwältin Asma Jahangir (62), der Jurist Basil Fernando (69) aus Sri Lanka und der US-Umweltaktivist Bill McKibben (54). *epd/nd* Kommentar Seite 4

► Heute auf Seite 10
Gesund leben

Sigmund Freud analysierte unser Seelenleben und erfand das Über-Ich. Er starb vor 75 Jahren.

ISSN 0323-4940

